



2019/01 Inland

<https://jungle.world/artikel/2019/01/islamkritik-im-regen>

Konflikte zwischen linken Islamkritikern und linken Islamverstehern in Leipzig

Islamkritik im Regen

Von **Tina Sanders**

Kurz vor Weihnachten demonstrierten antideutsche Linke in Leipzig gegen einen salafistischen Moscheeverein. Andere Linke werfen ihnen Rassismus vor.

Drei Tage vor Heiligabend regnet es im Leipziger Norden in Strömen. Vor der al-Rahman-Moschee haben sich an diesem Freitagmittag etwa 120 Menschen versammelt. Sie demonstrieren »gegen Islamismus in Leipzig«. Aufgerufen zu der Kundgebung hatte die »Leipziger Initiative gegen Islamismus«.

Das Bündnis verwies auf die salafistisch-islamistischen Inhalte der Predigten von Hassan Dabbagh, dem Imam der Moschee. Die al-Rahman-Moschee sei das Zentrum des Salafismus in Sachsen. Neben der Initiative waren auch antideutsche Gruppen wie die »AG No Tears for Krauts« aus Halle, »En Arrêt« aus Berlin und »Thunder in Paradise« aus Frankfurt am Main wie auch die feministische Menschenrechtsorganisation Terres des Femmes mit Redebeiträgen bei der Kundgebung vertreten. Mit dem Abspielen einschlägigen Liedguts wie »Highway to Hell« und »Losing My Religion« unterstrichen die Teilnehmenden der Kundgebung ihr Anliegen auch musikalisch.

Der »Initiative gegen Islamismus« zufolge besuchen mittlerweile bis zu 1 000 Personen die Freitagsgebete in der Moschee. Nach Angaben des Bündnisses habe es gegen Hassan Dabbagh bereits mehrere Ermittlungsverfahren von Polizeibehörden in Sachsen und Bayern gegeben – unter anderem wegen der Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Anwerbung für einen fremden Wehrdienst, Volksverhetzung, Veruntreuung, Fördermittelbetrug und dem Missbrauch von Titeln und Berufsbezeichnungen.

Im Zuge von Hausdurchsuchungen seien in der al-Rahman-Moschee Propagandavideos von al-Qaida gefunden worden, in denen zum Jihad aufgerufen worden sei. Auf von Dabbagh veranstalteten Seminaren seien sogenannte Jihad-Rückkehrer aufgetreten, die dort unter anderem für die in Syrien kämpfende, mit al-Qaida verbündete islamistische Miliz »Junud al-Sham« Kämpfer rekrutieren wollten.

Das Bündnis will deshalb, dass die Behörden gegen Dabbagh und seinen Leipziger Moscheeverein vorgehen. Es forderte mit der Kundgebung die »Aberkennung der mit steuerlichen Vergünstigungen einhergehenden Gemeinnützigkeit des Moscheevereins ›IGS-AM e. V.« und darüber hinaus die Einleitung eines Verbotsverfahren gegen denselben«.

Doch nicht alle Linken teilen die Kritik an der al-Rahman-Moschee. Das Leipziger »Netzwerk gegen Islamfeindlichkeit und Rassismus« veranstaltete eine kleine Kundgebung gegen die Kundgebung der »Initiative gegen Islamismus«. In einem Pavillon plauderte man mit Dabbagh beim Tee. Juliane Nagel, Stadträtin der Linkspartei, kritisierte im Stadtmagazin Kreuzer, sie könne zwar in vielen Punkten dem Aufruf der »Initiative gegen Islamismus« zustimmen, »aber der Aufruf macht am Ende doch ein relativ undifferenziertes Bild, als wäre der Islam ein Integrationshemmnis«. Sie sehe dort »eine Grenzüberschreitung«, so Nagel.

Die Jugendorganisation der Leipziger Linkspartei war anderer Meinung: »Keine Toleranz für Orte, an denen gegen FLTI-Personen und Ungläubige gehetzt wird«, begründete sie auf Facebook ihre Teilnahme an der antiislamistischen Kundgebung. Der Verein der al-Rahman-Moschee sei nicht gemeinnützig und müsse sanktioniert werden. »Für eine linke Religionskritik, die beim Islam nicht wegschaut«, forderte der Parteijugendverband. »Prisma«, der Leipziger Ableger der »Interventionistischen Linken«, ordnete dagegen via Twitter die »Initiative gegen Islamismus« bei der extremen Rechten ein: »Leipziger ›Linke‹ will gegen Moschee demonstrieren und reiht sich damit bei der AfD und der NPD ein.«

Für Theo Menzel von der »Initiative gegen Islamismus« sind solche Vorwürfe ärgerlich. »Nicht nur weil einige unserer Mitglieder sich schon seit Jahren gegen Fremdenfeindlichkeit und Neonazismus in Sachsen engagieren«, sagte Menzel der Jungle World. Die den Vorwürfen »zugrundeliegende kulturellrelativistische Haltung verunmöglicht letztlich jede Kritik an freiheits- und menschenfeindlichen Einstellungen und Praktiken, wenn sie nicht der autochthonen Kultur entsprungen sind«, so Menzel.

Aus Kreisen der Initiative wurde der Jungle World zudem von einer Gewaltandrohung gegen ein Mitglied der Initiative berichtet.